

Erscheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.

Abonnementspreis vierteljährlich für Halle und durch die Post bezogen 2 Mark.

Inserationspreis für die vierspaltige Corpos-Blatte oder deren Raum 15 Pf.

Halle'sches Tageblatt.

Nemumbstößigster Jahrgang.
Amtliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle und den Saalkreis.
Im Selbstverlage des Magistrats der Stadt Halle.

Beilagegebühren 9 Mark.

Inserate für die nachfolgende Nummer bestimmt werden bis 11 Uhr Vormittags, größere dagegen Tags zuvor erbeten.

Inserate befinden sämtliche Annoncen-Bureau.

N. 74.

Donnerstag, den 28. März.

1878.

Ausgabe- und Annahmestellen für Inserate und Abonnements bei Rob. Cohn, gr. Steinstraße 73, M. Dannenberg, Geißstraße 67 und R. Penne, Leipzigerstraße 77.

Mit Ablauf des Vierteljahres, ersuchen wir die bisherigen und neu hinzutretenden Abonnenten des Tageblattes, ihre Bestellungen auf dasselbe rechtzeitig erneuern resp. angeben zu wollen. Auch für das neue Quartal sind wir bemüht gewesen, den Wünschen unseres Leserkreises an den politischen, lokalen und feuilletonistischen Theil des Tageblattes vollständig zu genügen.

Der Abonnementspreis beträgt in unserer Expedition sowie bei sämtlichen kaiserl. Postanstalten für das Quartal 2 Mark.

Bestimmungen für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 N.-Pf.

Die Anzeigen erbitten wir uns spätestens bis 9 Uhr Morgens, da sie nur in diesem Falle in die an denselben Nachmittage erscheinende Nummer Aufnahme finden können.

Red. u. Exped. des Halle'schen Tageblattes.

Mehr noch als früher bei gleichem Anlaß bin ich bei Meinem diesjährigen Geburtstage durch Beweise freudiger Theilnahme überrascht worden. Raum überflüssig ist die Zahl der schriftlichen und telegraphischen Glückwünsche, welche Mir von allen Seiten aus dem Reichsgebiete wie von theilweise weit entlegenen Punkten des Auslandes, zugegangen sind, und ihnen hat sich wiederum eine Fülle von Angehörigen der mannigfachen Art angeschlossen, damit ich an diesem Tage von Zeugnissen der Liebe des deutschen Volkes umgeben sei. Tief bewegt von so allgemeiner Theilnahme fühle ich Mich durch sie zugleich von Neuem zu freudiger Erfüllung Meiner Pflichten angeregt. Ich kann nicht verhehlen, die Adressen aller Gemeinden und Korporationen, die Juriste aller Bezirgsgerichtsämter, Vereine und Patrioten einzeln zu erwidern, noch allen Einzelnen von Gedächtnis, Blumenpenden, Kunst- und handgewerblichen Gegenständen und sonstigen Widmungen Meine Erkenntlichkeit besonders auszusprechen. Wohl aber möchte ich öffentlich bekunden, daß ihr Zweck, Meinem Jahrestage durch Betätigung treuer Anhänglichkeit zu verherrlichen, sich in schönster Weise erfüllt hat. In dieser Absicht beauftrage ich Sie, durch Veröffentlichung dieses Erlasses allen jenen Glückwünschenden Meinem herzlichsten Dank zu übermitteln.
Berlin, den 25. März 1878.

Wilhelm.

An den Reichstanzler.

Fürst Bismarck und die Kongressfrage.

Unter dieser Ueberschrift bringt die offizielle „Wiener Montag-Review“ folgende Korrespondenz aus Berlin vom 23. März: „Die Hoffnung, daß es möglich sein werde, heute, nach dem Geburtstage des Kaisers, den Kongress als gesichert zu betrachten, ist leider unerfüllt geblieben, im Gegentheil ist das augenblickliche Situationsbild ein wenig erfreuliches. Hoffentlich bringen noch die nächsten Tage eine Aenderung. Nicht daß man hier den Kongress begehrt hätte. Fürst Bismarck kam — wie ich Ihnen s. Z., wenn auch im Oegenatz zu den meisten anderen Zeitungsmittellungen, geschrieben — bereits sehr leidend von Bargin hier an und sein Befinden hat sich in den sechs Wochen seines Hierseins durchaus nicht gebessert. Die inneren Fragen des deutschen Reiches und Preussens nehmen aber das ihm verbliebene sehr geringe Maas seiner Arbeitskraft so in Anspruch, daß die Fürsorge für den Kongress, wie überhaupt die unausgesetzte Befassung mit der für Deutschland wirklich in zweiter Linie stehenden Orientfrage eine für den Kanzler sehr wenig willkommene Zugabe bildet. Das Vertrauen der Mächte in die Mäßigkeit, die Gerechtigkeit und die Friedensliebe der deutschen Politik ist ja unter allen Umständen sehr ehrenvoll, doch reicht diese Empfindung nicht aus, um Begeisterung für Verhandlungen hervorzuufen, deren Verlauf und Ausgang unmaßgeblich ist und von denen der eine oder der andere Teilnehmer leicht mit Bestimmungen gegen den Leiter des Kongresses nach Hause gehen könnte. Die englische Politik wird Rußland gegenüber leicht zu sehr von persönlichen Eindrücken beeinflusst. Von diesen bis zur thätigsten Aktion eines großen Volkes ist zwar mitunter noch ein ziemlich großer Weg, aber gewisse Vorgänge im Juli 1870 bieten für alle Zeit ein warnendes Beispiel, wie leicht eine durch innere politische Mischungen bestimmte Kommenzenart in eine bedenkliche Richtung zu bringen ist. Freilich ist die englische Orientpolitik schon vom Krimitriege an bis auf diesen Tag ein fortwährendes Wechselspiel gewesen. So hat es sich in der letzten Phase der Krisis geirrt, indem es darauf rechnete, Oesterreich-Ungarn für britische Interessen zu engagieren. Jetzt, nachdem kein Zweifel mehr darüber vorhanden, daß nicht einmal eine diplomatische Kooperation zu erwarten, rechnet man in England darauf, daß Deutsch-

land in Petersburg zur Erfüllung britischer Forderungen raten und seinen Einfluß dafür geltend machen werde; Forderungen, welche ihrer Form und Tendenz nach in Petersburg einer Beileidigung gleich erachtet werden. Deutschland denkt an nichts weniger, als derartigen Erwartungen Englands zu entsprechen und das Nationalgefühl eines Nachbarvolkes zu verletzen, mit welchem wir durch Jahrhunderte alte Freundschaft, durch lang ausgeübte Grenzen und durch vielfache Interessen verbunden sind. Glaubt England seine Rechnung bei einem russischen Kriege zu finden, so mag es denselben in Gottes Namen führen. Man würde hier aus Menschlichkeitsgründen versuchen, ihn zu hindern, ein Interesse, demselben vorzuziehen, waltet hier ganz und gar nicht ob. Wir würden mit ziemlicher Ruhe zusehen, was sich und Woll einander ansporn können, dabei aber sehr genau Acht darauf geben, daß England sich mit seinen spezialistischen Ansprüchen in den bestehenden Schranken hält. Es würde immerhin mit der Thatsache zu rechnen haben, daß seit dem Krimitriege an den Küsten der Nord- und Ostsee eine neue Seemacht entstanden ist, und daß das damals dänische Kiel heute so wenig wie irgend ein anderer Dissepil eine Operationsbasis gegen Rußland darbietet. Auch bezüglich Polens sollte in England nicht mit dem Feuer gespielt werden, will irgend wer in England die „politische Frage“ wieder aufnehmen, so müßte dabei bedacht werden, daß diese keine ausschließlich russische ist. Der dritte Meeresküster Englands endlich dürfte Frankreich gelten. Es hat ja an Anstrengungen nicht gefehlt, je kein Mittel ist unversucht geblieben, um Frankreich auf Englands Seite zu ziehen. Bis zu einem gewissen Grade ist dies gelungen und Lord Lyons hat nicht ganz unwohl gearbeitet; das Verlangen Englands bezüglich der formellen Vorlegung des Friedensvertrages an den Kongress ist einzig von Frankreich gestiftet worden — wozu man in Petersburg gebührend hat genommen hat. Zimmermann mag Frankreich dabei sein Interesse zu Rathe gehalten haben. So lange beide Staaten Hand in Hand gehen, kann Lord Beaconsfield nicht daran denken, die „conquête hypothécaire“ des Suezkanals durch eine thätigliche Besitzergreifung zu vervollständigen. So leicht kam der englische Premier auf den letzten Allüren nicht verzichten, auf dessen wenn auch nur diplomatische Unterstützung er rechnet. Freilich sind die ägyptischen Verhältnisse eigener Art. Die türkische Anleihe von 1855 war bisher durch den ägyptischen Tribut gedeckt, welcher an die Bank von England abgeführt wurde. Der Redire hat aber seine Zahlungen eingestellt, die Pforte dankt schon lange nicht mehr daran, Zinsen zu bezahlen, und so haben denn die Garanten der 1855er türkischen Anleihe, England und Frankreich, zum ersten Male in die eigene Tasche greifen müssen. Der diesmal fällige Betrag beläuft sich auf 77,448 Tflr., welche die Bank von England vorseht hat und von welchem Frankreich jetzt die Hälfte erstatten soll. Ob Frankreich und England noch öfter dazu Lust haben oder ob sie sich nicht durch ein „Hauspand“ zu sichern suchen: werden, muß dahingestellt bleiben, — jedenfalls tauchen die Fragen auf, welche — falls sie Aktualität erhielten — eben so mindestens vor den Kongress gehören würden, wie die russisch-türkischen Abmachungen. Dieser fehlt noch jede amtliche englische Aeußerung darüber, welche Punkte des Präliminarvertrages für England unannehmbar erscheinen. Daß von dem den Türken abgenommenen Gebiete denselben etwas auf dem Kongress zurückgegeben werden wird, glaubt wohl Niemand; es könnte sich wohl nur um eine anderweitige Vertheilung handeln, bei welcher die Türkei eher verlieren als gewinnen würde. Es wird nun die Frage aufgeworfen, was geschehen würde, wenn der Kongress von England nicht beschickt wird und in Folge dessen nicht zu Stande kommt? Dann würden die Unterzeichner des berliner Memorandums sich voraussichtlich allein über die von Rußland bewirkte Ausführung des letzteren zu verständigen haben, das heißt unter Deutschlands Vermittlung, falls und wo sie überhaupt nötig, würden Oesterreich und Rußland sich darüber auseinanderlegen, wie die in San Stefano entworfene Racte der Balkanländer zu Gunsten der österreichischen Interessen zu modifizieren sein würde. Deutschland würde nach wie vor Alles gut heißen, worüber die beiden Nachbarmächte sich ins Einvernehmen setzen. Findet England es dann für nötig, gleichfalls in die Reihe der beati possidentes einzutreten und in seinem Interesse vollendete Thatsachen im oder am mittelländischen Meere zu schaffen, so wird es zusehen müssen, daß damit kein europäisches Interesse verletzt wird. Die Freiheit der Wasserstraßen hat Fürst Bismarck ausdrücklich als ein solches, namentlich auch als ein deutsches Interesse bezeichnet, und diese Auffassung hat sich in den seitdem verflorenen vier Wochen nicht verändert. Thatsächlich wäre es schwer begründlich, warum Rußland und England sich nicht verständigen sollten. Freilich kam dies durch Propositionen nicht erzielt werden, aber England wird sich, ehe es eine direkt kriegerische Haltung annimmt, doch die Frage vorlegen müssen: ob das Geschäft die Kosten verlornt und der nämliche Zweck, der durch den Krieg vielleicht nicht erreicht wird, auf anderem Wege

nicht ungleich billiger, ungleich sicherer und ungleich erfolgreicher erreicht werden könnte? Namentlich bleibt zu erwägen, ob die eventuellen Folgen eines „Sieges“, falls ein solcher für möglich zu erachten ist, die eventuellen Folgen auch nur einer einzigen Niederlage aufwiegen würden, die sich über ganz Asien hin fühlbar machen und vielleicht für Großbritannien im höchsten Grade verhängnisvoll sein könnten. Die Hoffnung ist noch nicht aufzugeben, daß Lord Beaconsfield sich die Sache genau überlegt und — nachdem er seiner persönlichen Bestimmung Luft gemacht — lieber in den Kongress als in den Krieg zieht.

Berlin, 26. März.

— Sr. Majestät der König hat dem Staatsminister a. D. Camphausen den Stern und das Kreuz der Hofkomture des königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern verliehen.

— Einer der bedeutendsten Uebelstände des deutschen Kriegsschiffens Wilhelmshafen, die ungenügende Wassererfüllung desselben, wird in diesem Jahre noch eine vollständige Abhilfe erfahren. Die Wasserleitung, welche seit 1875 von Feldhausen nach diesem Hafen im Bau begriffen ist, nähert sich ihrer Vollendung, und wird dieselbe wahrscheinlich schon vor dem Herbst in Benutzung gezogen werden können. Für diesen Kriegshafen bleiben dann zur vollständigen Fertigstellung des dortigen Werfts noch des vorläufigen Marineetat nur noch die Ausführung des Seitenkanals, der zweiten Hofeinfahrt und des officieösen Kanals zu erwägen, welche neuen baulichen Anlagen jedoch nur als noch fernere Erweiterungs- und Ergänzungsarbeiten zu dem dortigen, bekanntlich schon seit mehreren Jahren im vollständigen Betriebe befindlichen Werft betrachtet werden können. Auf dem zweiten Staatswerft zu Ellerbeck hat Kiel werden nach demselben amtlichen Ausweis in diesem Jahre die Hafenbassin, die vier Trockendock und drei Heilige fertig gestellt und in Betrieb genommen werden. Dagegen steht für das dritte Staatswerft in Danzig mit diesem Jahre die Inbetriebstellung des dortigen Schwimmenden Dockes noch nicht zu gewärtigen. Somit jedoch wird auch dieses Werft bis Ende 1878 im Wesentlichen seiner Vollendung entgegengeführt und dort namentlich noch ein zweiter Heilige fertig gestellt werden.

— Es kam nunmehr mit aller Sicherheit gemeldet werden, daß der Graf Stolberg definitiv zugestimmt hat, ohne eigenes Portefeuille die Stelle eines Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums zu übernehmen. Sobald das Abgeordnetenhaus den Posten von 36,000 M Gehalt für diese Stelle im Nachtragsetat genehmigt hat — und hiervon ist bekanntlich nicht zu zweifeln — dürfte die Ernennung des Grafen Stolberg zum Vizepräsidenten offiziell erfolgen. Eben so steht heute fest, daß Hofrecht Finanzminister wird. Die neueste Thatsache im Bereiche der Ministerverordnungen ist seit gestern Abend der Rücktritt des Handelsministers Achenbach. Herr Achenbach sagte den Entschluß, seine Entlassung einzureichen sofort nach der letzten Rede Bismarck's im Abgeordnetenhaus. Er fühlte sich durch einzelne Stellen derselben, die seine Wirksamkeit in der Eisenbahnverwaltung streiften, benoven, auf sein Portefeuille zu verzichten, obwohl noch vor wenigen Tagen der Fürst dem Handelsminister die Leitung der Finanzen angetragen hatte. Achenbach's nächste persönliche und politische Freunde haben seinen raten und entscheidenden Entschluß durchaus gebilligt. Die Ansichten des Ministers scheinen in letzter Zeit nicht bloß im Eisenbahnwesen, sondern auch in den handelspolitisch einschlägigen Wegen von den Vätern, die man dem Fürsten Bismarck vielfach zuschreibt, ziemlich weit abwärts gegangen zu sein. Man glaubt, daß an Achenbach's Stelle Herr Maybach das Handelsministerium übernehmen wird, so lange das neue Eisenbahnministerium noch nicht von demselben abgetrennt ist. Hierzu will man zugleich das Mittel sehen, das Fürst Bismarck in seiner letzten Rede etwas mysteriös andeutete, mit dessen Hilfe er auch ohne Genehmigung des Landtages seine Absichten bezüglich des Eisenbahnwesens zu erreichen hofft.

Petersburg, 26. März. Der „Regierungsbote“ veröffentlicht das Schreiben des Papstes Leo XIII. an den Kaiser von Rußland, in welchem er denselben seine Bestätigung des päpstlichen Stuhles anzeigt und der Hoffnung Ausdruck giebt, daß die katholische Bevölkerung sich dem Kaiser gegenüber treu und ergeben zeigen werde. Kaiser Alexander beantwortete das Schreiben in freundschaftlichem Tone.

Washington, 25. März. Das Repräsentantenhaus hat das Münzgesetz, wonach das Silber unter den nämlichen Bedingungen wie das Gold ansgestragt und die Ausgabe von Certifikaten auf im Depot befindliche Silberbarren gestattet werden sollte, abgelehnt. Von den amwesenden Deputierten stimmten 140 für, 102 gegen die Vorlage, es fehlte somit die für die Annahme des Gesetzes nötige erforderliche Zweidrittelmehrheit. Auch die Bill betreffend die fünfjährige Suspension des Gesetzes über die Amortisationsfrist wurde abgelehnt.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 26. März. (Reichstag.) Von der Regierung sind eingegangen die Besetzungswürfe 1) betreffend die Ersetzung des Etats für das Jahr 1877-78 auf den Monat April des laufenden Jahres; 2) betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Verbrauchsgegenständen; 3) betreffend die Beglaubigung von Urkunden — und eine Denkschrift über die Vorgänge in Nicaragua.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Budgetkommission über den Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung.

Zu Tit. 1 der Einnahmen (Porto und Telegraphengebühren) beantragt die Kommission folgende Resolution: Dem Reichskanzler zu ersuchen: dafür Sorge zu tragen, daß die Ungleichheiten beseitigt werden, welche gegenwärtig im internen und internationalen Verkehr in den Tariffen für Sendungen unter Band, so wie für Sendungen mit Baarenproben und Ministern bestehen. — Den Titel 1 beantragt die Kommission zu genehmigen.

Generalpostmeister Stephan erklärt, daß die Regierung mit der beantragten Resolution einverstanden sei. Nach kurzer Debatte wird der Titel genehmigt und die Resolution angenommen.

Die Titel 2-9 werden ohne Debatte, Tit. 10 nach einer Anfrage des Abg. v. Bahr-Schmoldow bewilligt. Damit sind die Einnahmen erledigt.

Die Titel 1 bis 5 der fortwährenden Ausgaben werden unverändert bewilligt, also incl. einer Mehrforderung von zwei Stellen für vorragende Räte bei der Centralbehörde und eine Stelle für den Vorsteher der Hauptwerkstatt für Telegraphenapparate. Tit. 6 fordert für Oberposträthe, Postämter und 13 Postbauräthe eine Gehaltszulage von in Summa 18,000 M. Die Kommission beantragt die Ersetzung dieser Postämter, da, wie der Referent Abg. Nieper ausführt, die Oberposträthe im Gehalt mit den Regierungsräthen gleich stehen, während, was die Postbauräthe betrifft, eine Gleichstellung mit den Regierungsräthen als geboten nicht angesehen werden könne. Was insbesondere die Postbauräthe betrifft, so sei gegenwärtig wohl eine derartige Konkurrenz nicht zu bezagen, wie sie von den Herrn Vertretern des Bundesrats beabsichtigt werde. Es würde aber bei dermaliger Besetzung der Position nicht ausgeschlossen sein, auf eine bessere Beibehaltung der Postbauräthe, falls das Bedürfnis dafür speziell nachgewiesen werde, bei dem nächsten Etat zurückzukommen.

Nach beendeter Debatte wird der Antrag der Kommission mit 114 gegen 106 Stimmen angenommen. Die Gehaltsverhöhung ist also abgelehnt.

Abgeord. Adermann tritt für den Beschluß der Kommission ein, die Frage für jetzt auf sich beruhen zu lassen, da die Lage der Beamten in Berlin bei den bestehenden Verhältnissen einer besonderen Berücksichtigung bedürfe.

Der Reichstag tritt demselben bei.

Bei Titel 7 (Kendanten der Oberpostklassen, Bureau-Beamten, Oberaufsichtsbahner u. s. w.) beantragt die Regierungsvorlage Zuschläge für die zehn ältesten Bureau- und Rechnungsbeamten I. Klasse in Berlin, ferner noch an künftig wegzufallenden Rechnungsbeamten I. Klasse in Hamburg, Metz und Straßburg im Elsaß 8250 M. und 1470 M. von früher zahlbaren, künftig wegzufallenden persönlichen Zulagen. In der Kommission wurde hierbei die Frage angeregt, in wie fern die Besoldungssätze für 172 Bureau- und Rechnungsbeamte zweiter Klasse (Bureau-Assistenten) in Einklang gebracht werden müssen mit der Position für Ober-Telegraphen-Assistenten und Oberpost-Assistenten. Von den Vertretern der Post- und Telegraphenverwaltung wurde dabei in der Kommission die Erklärung abgegeben, daß beim nächsten Etat eine solche Gleichstellung werde erwirkt werden müssen, da diese Bureau-Assistenten den oben genannten Ober-Assistenten gleich stehen.

Titel 7 und 8 werden nach diesen Erklärungen des Referenten ohne Debatte bewilligt.

Titel 9 enthält die Beträge für die sämtlichen Betriebsbeamten ausschließlich der Unterbeamten. Die Kommission beantragt hierzu: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen: die erforderlichen Schritte zu thun, um ohne Verletzung bereits erworbener Rechte eine Reduktion und endliche Aufhebung der Militärpostämter eintreten zu lassen; ferner: den Betrag von 30 500 M. für höhere Stellendotierung der Postämter erster Klasse zu streichen.

Generalpostmeister Stephan bittet um Ablehnung dieser Resolution. Derselbe habe schon im Jahre 1873 dem Bundesrat vorgeliegen; nach sorgfältiger Prüfung habe man erkannt, daß ausreichende Gründe dafür nicht vorlägen sind. Die Resolution wird angenommen.

Hinsichtlich der übrigen in Titel 9 aufgeführten Besoldungen beantragt die Kommission eine Reihe von Abänderungen, welche bezwecken, an Stelle der Maximalsummen Durchschnittssummen festzusetzen und die für einzelne Orte gemachten Zulagen an dieser Stelle des Etats speziell zu fixieren, statt sie, wie die Vorlage es thut, aus den Besoldungsmitteln zu entnehmen.

Abg. Simons beantragt folgende Resolution: Dem Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Grundzüge über die Bestimmung der Gehaltsklassen für die verschiedenen Beamtenkategorien innerhalb der durch den Etat festgestellten Minimal- und Maximalsätze in der Richtung einer Revision unterwerfen zu lassen, daß ein regelmäßiges, thunlichst rasches Vorrücken der Beamten nach der Anciennität gesichert werde. Der Antragsteller führt aus, daß es eine der lebhaftesten Klagen im Kreise der Beamten sei, daß über die Berechnung der Anciennität Unklarheit herrsche, so wie darüber, daß hinsichtlich des Vorrückens der Beamten innerhalb der verschiedenen Kategorien es anscheinend an festen Grundzügen fehle und deshalb namentlich sehr wenige Beamten in die höheren Stufen aufrücken. Es sei wesentlich, daß ein möglichst rasches Vorrücken stattfinde, nicht durch Maßregeln der Verwaltung

der natürliche Lauf des Aufstieges der Beamten innerhalb der Gehaltsklassen der Kategorie, wozu sie gehören, gehindert werde.

Abg. Adermann spricht sich gegen diese Resolution aus, die auch in der Kommission abgelehnt sei. Die Regierung habe in der Kommission erklärt, daß für alle Klassen der Beamten Gehaltsklassen bestehen und ein Aufstiege im Gehalte innerhalb der einzelnen Beamtenkategorien regelmäßig nach der Anciennität stattfinde; es werde davon nur in solchen besonderen Fällen abgesehen, wo in Folge thätigkeitsmäßiger Beförderung ein dienstamtliches Einrücken gegen den betreffenden Beamten erforderlich sei. Diese Erklärung beweise, daß seitens der Regierung der Grundgedanke schon immer bestanden sei, den die Resolution ausbreite. Es sei nur zu wünschen, daß die Erklärung der Regierung durch die Verhandlungen des Hauses allen Beamten bekannt würde, damit sich auch diese davon überzeugen, daß die Regierung nach den von ihnen gewünschten Grundzügen verfahren ist.

Bei der Abstimmung wird die Resolution mit großer Mehrheit abgelehnt und die obengenannten Anträge der Kommission genehmigt.

Titel 10 fordert als Zulagen für solche Postassistenten, welche auf Grund der Bestimmungen vom 23. Mai 1871 die Poststellentüchtigkeit abgelegt haben, in etatsmäßige Sekretärstellen aber noch nicht eingetrieden sind (künftig wegzufallend), 120 000 M. (Die Zulagen dürfen nur bis zum Meistbetrage von 300 M. bewilligt werden, kommen beim Ruhegehalt mit zur Berechnung und verbleiben den Empfängern auch nach der Beförderung in etatsmäßige Sekretärstellen so lange und in so weit, als das auf sie entfallende Sekretärgehalt hinter demjenigen Dienstlohnsummen zurückbleibt, welches sie zuletzt einschließlich der Zulage bezogen.)

Die Kommission ist mit der Position einverstanden, beantragt aber statt der in Parenthese beigefügten Anmerkung folgende Resolution: „Die Zulagen sind den im Titel bezeichneten Beamten zu bewilligen, welche bei Beginn des Etatsjahres fünf Dienstjahre nach bestandenen Examen zurückgelegt haben und nicht schon das Gehalt der gleichalten Sekretäre beziehen. Mit der Ernennung zum Sekretär ist die unänderbare Anstellung verbunden. Zulagen dürfen nur bis zu dem Meistbetrage von 300 M. bewilligt werden, kommen beim Ruhegehalt mit zur Berechnung und verbleiben den Empfängern auch nach der Beförderung in etatsmäßige Sekretärstellen, so lange und in so weit, als das auf sie entfallende etatsmäßige Sekretärgehalt hinter demjenigen Dienstlohnsummen zurückbleibt, welches sie zuletzt einschließlich der Zulage bezogen haben.“

Die Resolution wird gegen eine bedeutende Minorität verworfen, der Titel 10 selbst bewilligt.

Die Titel 11-50 werden ohne Diskussion mit den von der Regierung angelegten Summen genehmigt.

Zum Schluß gelangt die folgende, von der Kommission zu Tit. 19 beantragte Resolution zur Annahme: Dem Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Bestimmungen wegen der Annahme, Anstellung und Beförderung der Annäherer für den Telegraphendienst in der Richtung einer Revision unterwerfen zu lassen, daß dieselben mit den Bestimmungen für die Postannäherer in Uebereinstimmung gebracht werden.

Hiermit ist der erste Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Es folgt der Bericht der Budgetkommission. Ueber die derselben zur Vorbereitung überwiesenen Theile des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung in Kap. 4, Tit. 44 der fortwährenden Ausgaben fordert der Etat 2 800 000 M. zur Erwerbung von Grundstücken, Erbauung von Post- und Telegraphendienstgebäuden und zur Unterhaltung der reichthegenen und der gemieteten Diensträume. Die Kommission specialisiert diese Forderung und stellt sie zum Theil in den außerordentlichen Etat. Sie beantragt zunächst folgende Titel: Titel 44: Zur baulichen Unterhaltung der Gebäude so wie zu kleineren baulichen Unterhaltungen 600 000 M. und Titel 44a: Zu Erweiterungsbauten in Düsseldorf, Potsdam, Hagen, Stenbal und Berlin (Manresstraße 74 und Veltheimerstraße 16), zu kleineren Erweiterungsbauten so wie zu Grundstücksverwertungen bis zu 400 000 M.

Der Kommissionsantrag wird bewilligt.

Rap. 4, Tit. 1-3 der einmaligen Ausgaben werden auf Antrag der Kommission unverändert genehmigt.

Tit. 4-9 werden in den außerordentlichen Etat eingestellt.

Tit. 10 (zur Herstellung eines neuen Post- und Telegraphendienstgebäudes in Jleensburg, 1. Rate 140,000 M.) wird gestrichen. Tit. 11 und 12 werden in den außerordentlichen Etat eingestellt. Tit. 13 verlangt: zur Herstellung eines neuen Post- und Telegraphendienstgebäudes in Forzheim, 1. Rate 100 000 M. Die Kommission beantragt, diese Position so wie zur Erwerbung des benutzten Bauplatzes die letzte Rate mit 44 100 M. zu bewilligen.

Der Antrag der Kommission wird mit großer Mehrheit genehmigt und die weitere Verabreichung verlegt. Nächste Sitzung Donnerstag, Tagesordnung: Geheh, betreffend die Ersetzung des vorjährigen Etats auf den Monat April; Geheh, betreffend die elsaß-lothringischen Eisenbahnen; Geheh, betreffend die Kinderpest, und Wählprüfungen.

— Aus Berlin, 24. März, wird der wiener „Montags-Neuener“ telegraphisch: „Das Amt eines Botschafters, zu welchem Graf Stolberg-Berninger berufen wurde, wird nur als ein Uebergangsstadium zu der wohl nicht mehr fern Zeit betrachtet, in welcher Fürst Biemarck die von ihm mehr, als gewöhnlich angenommen zu werden pflegt, ersehnte Ruhe von den Geschäften zu Theil wird.“

Orientalische Angelegenheiten.

Konstantinopel, 25. März. Die bei Byzanzere befindlichen türkischen Truppen haben sich gegen die Höhen von Mostal zwischen Byzanzere und Pera zurückgezogen; die Russen werden in diesen Höhen nicht besetzen. Der Sultan hat Osman Pascha zum Oberkommandanten der

kaiserlichen Garde und Tesif Pascha zum Chef des Generalstabes ernannt.

London, 26. März. Den Aeußerungen der „Agence Russe“ und des Journals „Le Nord“ gegenüber bemerkt die „Morningpost“ offiziell, England habe eine auf Gerechtigkeit basirte Stellung eingenommen und werde sich durch Drohungen nicht daraus vertreiben lassen. In England träume bereits davon, daß es das Orientreich in seiner Gewalt habe und jiele auf etwas hin, das bereits ein Besitzthum Englands sei und ohne Kampf nicht aufgegeben werden würde.

— Unterhaus. Schatzkanzler Northcote erklärte auf eine Anfrage Simon's, die Regierung werde ihren Einfluß aufheben, um allen Konfessionen in Rumänien und Serbien gleiche Berechtigung zu verschaffen. — Der Staatssekretär des Krieges, Hardy, erwiderte dem Deputirten Bowyer, es gäbe bis jetzt keine Panzergeschiffe, welche 35- und 38-Tonnen Kanonen widerstehen können; solche würden jedoch im Auslande gebaut. Die Anfertigung einer Zweihundertertonkanone sei nicht beabsichtigt.

Wien, 26. März. Ueber die vorgestrige geheime Sitzung der vereinigten rumänischen Kammer wird der „Polit. Korresp.“ gemeldet, der Minister des Auswärtigen, Coganiceanu, habe in derselben einen Bericht des rumänischen Agenten in Petersburg, Generals Ghita, vorgelesen, nach welchem Fürst Gortichakoff demselben erklärte, daß der Kaiser Alexander die Bewerzung des Fürstenthums als eine persönliche Beleidigung betrachte. In Folge des tiefen Eindruckes dieser Erklärung sei für gestern Abend eine abnormale geheime Sitzung der Kammer anberaumt worden.

— Die „Polit. Korresp.“ veröffentlicht folgende Meldungen: Aus Konstantinopel, den 26. d. Mts.: Der Großfürst Nikolaus ist hier eingetroffen und hat sich mit einigen Generalen in einem Gala-Kost nach dem Palast von Dolnabogodje begeben. Der Sultan empfing den Großfürsten in Anwesenheit Adems Terif Paschas, Neuf Paschas, Sockef Paschas, Osman Paschas und des russischen Staatsrathes Nou. Der Besuch des Großfürsten währte eine Stunde. Unmittelbar darauf empfing der Großfürst in Begleitung den Besuch des Sultans mit den Ministern und den Groß-Wirtenbürgern. Der Sultan bewilligte etwa eine Viertelstunde bei dem Großfürsten. Sodann lehrte der Großfürst nach San Stefano zurück. — Die Russen besetzen die Stellungen bei Schorn. Die britische Flotte in der Bosphor-Bucht erhält fortgesetzt Munition und Proviant.

— Die russischen Behörden haben die Entnahme der gefamten bulgarischen Bevölkerung angeordnet. — Aus Bukarest: Ausland gilt gemeinlich, seine Zustimmung dazu zu geben, daß die besarrliche Frage vor dem Kongreß gebracht werde; auch soll Russland sich bereit erklärt haben, die Dobrußda zu behalten, wenn der Kongreß sich gegen die Intercession des Fürstenthums erklären sollte. Die bereits vor sich gehende Bildung eines Verwaltungspersonals gelte nicht des Widerstandes gegen die Auslieferung der in Rumänien internirten türkischen Gefangenen aufzugeben zu haben. Die Forie hat sich in einer Depesche an den rumänischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten zur Uebernahme der Gefangenen bereit erklärt und ihren Dank für die gute Behandlung derselben ausgesprochen. In dieser Note will man in Bukarest die stillschweigende Anerkennung der Unabhängigkeit Rumänien's durch die Forie erblicken.

Bukarest, 26. März. Das amtliche Blatt veröffentlicht eine Ergebenheits-Adresse der türkischen Einwohner von Branja an den Fürsten Milan, in welcher sie die Annexion an Serbien verlangen und den Fürsten im Falle der Ablehnung dieses Geheuches um die Erlaubniß bitten, sich dort ansiedeln zu dürfen, da sie nicht in Bulgarien bleiben wollen.

Wom Kongreß.

Berlin, 26. März. Man darf jetzt mit Bestimmtheit annehmen, daß der Kongreß mit England nicht zu Stande kommt. Ob Frankreich und Italien, welche direkt an den Orientwirren nicht interessiert sind, ihre Minister oder Vertreter nach Berlin schicken werden, wenn ein allgemeiner Kongreß nicht zu Stande kommt, ist fraglich. Man glaubt jedoch vielfach daran, daß Russland und Oesterreich ihre Interessen auf der Balkanhalbinsel durch gemeinschaftliche Unterhandlungen in Berlin und unter fremdschlichter Vermittlung des Berliner Kabinet's ausgleichen werden. Die Kanzler dieser drei Großmächte dürfen persönlich hier unterhandeln. England bleibt es dann überlassen, in der einen oder der anderen Weise sich allein mit Russland auseinanderzusetzen.

Stadterordneten-Sitzung.

Halle, 26. März 1878.

Herr Regierungsrath Gnaur referirte über den Wirtschaftsbauhalt, den er die Bemerkung vorausschickte, daß die Finanzkommission nach den eingehenden Berathungen die Ueberzeugung gewonnen habe, daß die hiesigen Finanzen tief eingehen und dieses ernstliche Resultat und Necessität der Klarheit und Ueberblicklichkeit dieser Verhältnisse den räthlichen Bemühungen des am die hiesige Finanzverwaltung hoch verdienten Decernenten derselben, Herrn Bürgermeisters vom Hagen zu danken sei, dem er deshalb im Auftrage der Finanzkommission die Anerkennung ausprechen zu müssen glaube. Die einzelnen Positionen des genannten Etats sind gegen das Vorjahr nur wenig verändert, und mehrere vom Magistrat vorgeschlagene Veränderungen haben die Zustimmung der Finanzkommission nicht gefunden. Derselbe hat aber bekräftigt, zu genehmigen: Zu den normalmäßigen Erhebungen der Beamtengehälter 2819 M., zur Erhöhung einer Funktionszulage für den Rentanten der Sparkasse

Confirmation.

Nachdem unsere Lager in allen Theilen theils durch große Posten-Einfäufe, theils durch Anschaffungen aus nur directen Quellen vollständig assortirt sind, empfehlen wir dieselben um so mehr einer gefälligen Beachtung, als wir hauptsächlich in unseren bekanten

Schwarzen Waaren

Vortheile zu bieten im Stande sind, wie solche bisher völlig allein dastehen.

- Schwarze Taffete, 5/4 breit, à Meter von 20 *Sgr*
- Schwarze do. echt Malländer, beste Qualität, Meter 25 *Sgr*
- Schwarze Lyoner Taffete, 5/4 breit, Meter 24 *Sgr*
- Schwarze do. do. I. Qualität, Meter 27 1/2 *Sgr* bis 1 *R*
- Schwarze reinseidene Ripse, Meter 25 *Sgr*
- Schwarze do. do. I. Qualität, Meter 27 1/2 *Sgr* bis 1 1/2 *R*
- Schwarze Alpaccas, Meter 5, 6, 7 und 8 *Sgr*
- Schwarze Double-Alpaccas, Meter 6 1/2, 7 1/2, 10, 11 und 12 1/2 *Sgr*
- Schwarze wollene Ripse, 10/4 breit, Meter 13, 15, 17 1/2 bis 20 *Sgr*
- Schwarze Cachemirs, 10/4 breit, Meter 15, 17, 20, 22 1/2 *Sgr*
- Schwarze reinwollene Ripse u. Cachemirs, Meter von 20—30 *Sgr*

Couleurte Kleiderstoffe.

- 6/4 Doppel-Lustre Meter von 4 *Sgr* an
- 6/4 halbwollene Ripse Meter von 6 1/2 *Sgr* an
- 6/4 halbwollene Rezia, bestes Straßenkleid Meter von 6 1/2 *Sgr* an
- 6/4 halbwollene Diagonals, beste Qualität Meter von 6 *Sgr* an
- 6/4 reinwollene Ripse, 100 Farben Meter von 7 *Sgr* an
- 6/4 reinwollene Jaquards Meter von 8 *Sgr* an
- 6/4 reinwollene Plaids Meter von 5 1/2 *Sgr* an
- 8/4 halbwollene Plaids Meter von 9 1/2 *Sgr* an
- 8/4 reinwollene Plaids Meter von 12 1/2 *Sgr* an

Unser Lager in **Gardinen**, englische, deutsche und schweizer Fabricate, umfaßt eine außerordentliche Auswahl zu den billigsten Engros-Fabrikpreisen auch im Einzel-Verkauf.

In **Leinen**, Halbleinen, Handtüchern, Tischleuchern, Servietten, Dowlas, Hemdentuch, Chiffon, Shirting, Damast, Dimity, Piqué, Bettzeugen, Bett-Barchent, Drells und Stouts die größte Auswahl zu bekant billigsten Preisen.

Das Neueste in diesjährigen

Damen- und Kinder-Garderoben

sind in unseren Werkstätten, so weit es für

Confirmanden

passend, in einigen Tausend Stücken angefertigt, und zeichnen sich besonders aus:

- Schwarze Tuch-Jaquettes von 1 1/2 *R* an
- Schwarze Tuch-Jaquettes, anschließend von 1 1/2 *R* an
- Schwarze Cachemir-Jaquettes do. von 2 1/4 *R* an
- Schwarze Paletots in Kammgarn u. Diagonal von 3 1/2 *R* an
- Schwarze Rips-Talmas von 1 1/2 *R* an
- Schwarze Cachemir-Talmas von 1 1/2 *R* an

Anschließende Talmas, Dolmans und Fichus, das Neueste der kommenden Saison in Kammgarn, Cachemir, Renforec und Diagonal

Kaisermäntel von 2 1/2—8 *R*, von 2 1/2 *R* an

Bestellungen auf **Sammet-Jaquettes** u. andere **Umhänge** nach Maß werden binnen 2 Tagen effectirt und stehen Mobells in unsern Lager- und Arbeitszalen zur gefl. Ansicht.

Bestellungen auf **Confirmanden-Jaquettes** u. **Umhänge** jeder Art werden entgegengenommen und aufs Prompteste und Billigste ausgeführt.

Norddeutscher Bazar,

66. Gr. Steinstrasse 66.

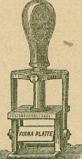
Norddeutscher Bazar, 66. Gr. Steinstraße 66.

Norddeutscher Bazar, 66. Gr. Steinstraße 66.

Journal-Lesezirkel
bei **M. Köstler**,
10. Poststraße 10.

Holz-Versteigerung.

In der küniglichen Oberförsterei Schledbitz auf dem Unterforste Dläuer Haide sollen am **Freitag den 5. April** von **Vormittags 9 Uhr** ab ca. 90 m feste Seite, 90 m Abraum, 2 Eichen mit 2 cbm, 240 Kiefern mit 240 cbm öffentlich versteigert werden. Kaufsüchtige wollen sich zur obenerwähnten Zeit in Tagen 65 am Dläuer Fußwege einfunden und von den näheren Bedingungen an Ort und Stelle sich unterrichten. Schledbitz, am 26. März 1878.
Königliche Oberförsterei.



Selbstfärber

liefert in jeder Waare in beliebiger Größe u. Schrift billigst

Otto Unbekannt, Klein Schmieden.

Frische Straßener Braterringe à Stück 10 *A* mit pitanter Sauce u. große frische Lüneburger Rennaugen empfiehlt **G. Friedrich.**



Sonnabend und Sonntag

leben gr. u. fl. thüring. Land-schweine (halbenenglische Race) 3. Beit. im Gasthof zum gold. Pfing in Halle. **Buch & Rolle.**

Ein Haus mit Kind- u. Schweinefleischerei, gute Lage, rent. ist mit 1000 *R* Anzahl zu verkaufen durch **Jeuner**, Ludengasse 3a.

Ein gute Restauration mit Garten, Regelf. sof. zu verp. d. **Jeuner**, Ludengasse 3a.

Ein Haus auf dem Neumarkt, Nähe der neuen Schule, ist mit 1000 *R* Anzahl zu verkaufen durch **Jeuner**, Ludengasse 3a.

Ein gutes Materialgeschäft mit Schnapsstank wird zum 1. Juli zu pachten gesucht durch **Jeuner**, Ludengasse 3a.

8000 *R* sind im Ganzen, auch getheilt, auf sehr gute 1. Hypothek auszuliehen durch **Jeuner**, Ludengasse 3a.

Ein gut rent. Weiß- u. Brodbäckeri auf dem Lande oder in einer kleinen Stadt wird von einem fautionsfähigen Pächter gesucht durch **Jeuner**, Ludengasse 3a.

Auction.

Freitag den 29. März sollen von Nachmittags 2 Uhr ab Schulgasse 4, L. eine Partie gut erhaltene Möbel, sowie Schreibesekretär, Sopha, Tisch, Stühle, Bettst. u. versch. werden. Gebr. u. g. Mah.-Kommode, sowie mehr. Präparate werden zu kaufen gesucht
Reizigerstraße 73, I.
Plissé brennt am allerbesten, Elle 2 *A*, Falten festliegend Brüderstr. 13.

200 Stück Gardinen, das Fenster von 20 *Sgr*. an, 1000 Ellen Leinen-Rester, Tischdecken, Bettdecken, Teppiche empfiehlt **Gundermann, Schmeerstraße.**

Der gerichtliche Ausverkauf

des zur **A. J. Hagelberg'schen** Concursmasse gehörigen Lagers von **Leinen, Wolle- und Baumwollenwaren** ist nur noch von kurzer Dauer. Namentlich made ich auf noch vorhandene, sehr preiswerthe Serren- und Kindergarderobe aufmerksam.

Bernh. Schmidt,
Rasseverwalter.

Möbel-Magazin von **H. Diessner**, Brüderstraße 13, empfiehlt: gut gearb. 2-thür. mahag. u. birch. Kleideresekretäre 15 *R*, pol. Kleideresekretäre 9 *R*, Kommoden 7 *R*, Rohrstühle 1 1/2 *R*, 2-thür. Küchenschränke mit Glasausatz 9 *R*, starke Bettstellen 3 1/2 *R*, Sophas, Sophasische, Spiegel, Spiegelgeschänke, Wädeschänke und alle Sorten Möbel zu billigsten Preisen. Abzahlungen gestattet.

Die Hutfabrik von **August Berger** empfiehlt ihre Strohhutwäsche ergebenst.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten hiesigen und auswärtigen Publikum die ergebene Anzeige, dass ich mit heutigem Tage **v. d. Steinthor Nr. 13** einen

Haarschneide-, Frisir- und Rasir-Salon

eröffnet habe. Gleichzeitig verbinde hiermit die Empfehlung zur **Anfertigung aller künstlichen und modernen Haararbeiten.** Hochachtungsvoll

B. Rosenblatt,

(H. 5942.)

v. d. Steinthor Nr. 13.

Umzüge jeder Grösse

übernimmt bei billigster Preisberechnung

C. Dettenborn,

Halle a/S.,
gr. Märkerstrasse Nr. 24.



Zur die Redaction verantwortlich C. Vohardt. — Expedition im Waisenhanse. — Druck der Buchdruckerei des Waisenhanse. (Hierzu eine Beilage.)